

**L-1NEU Mit GRÜNEM Kompass durch die Krise – gemeinsam solidarisch,
vorausschauend und verantwortungsbewusst**

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 12.11.2022
Tagesordnungspunkt: 3. Solidarität in der Krise

Antragstext

1 Seit Jahrzehnten gab es in Rheinland-Pfalz keine so herausfordernde Zeit. Die
2 **multiplen Krisen** fordern uns als Gesellschaft heraus und sind nur durch
3 Zusammenhalt in Solidarität sowie vorausschauendes Handeln zu bewältigen.

4 Die Klimaveränderungen gefährden das ökologische System und damit auch unsere
5 Gesundheit, unsere Häuser, öffentliche Infrastruktur und die Betriebe im Land.
6 Leben mit dem Wandel heißt, krisenfest umzugestalten und präventives Agieren.

7 Das **Artensterben** reißt unwiederbringlich Lücken im Ökosystem und gefährdet somit
8 auch unsere Ernährung und unseren natürlichen Lebensraum mit all seiner
9 ursprünglichen Biodiversität.

10 Die **Corona-Pandemie** veränderte unsere Lebensweise und vertiefte die Spaltung
11 unserer Gesellschaft. Es ist aktuell unklar, wie sich die Pandemie
12 weiterentwickelt - zur normalen Krankheit oder zu einer globalen Gefahr, die
13 weitreichende staatliche Schutzmaßnahmen bedarf. Das Ausmaß der Pandemie
14 insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen in unserem Land ist
15 immer noch nicht ganz klar und wird noch weitreichende Folgen weit über dieses
16 Jahr hinaus haben.

17 Der **völkerrechtswidrige Krieg in der Ukraine** hat Millionen von Menschen aus
18 ihrer Heimat vertrieben. Deutschland hat mit großer Solidarität mehr als 1
19 **MillionUkrainer*innen** aufgenommen, schätzungsweise werden 2022 rund 200.000
20 **Asylsuchende** aus anderen Ländern zu uns geflohen sein. Das sind rund ein Drittel
21 mehr Menschen als im Jahr 2015. In Rheinland-Pfalz werden bis Ende des Jahres
22 rund 55.000 Geflüchtete Schutz gefunden haben. Dies stellt unser Land vor große
23 Herausforderungen, bei der Integration, in Bildungseinrichtungen, im Ehrenamt
24 und auch bei den Haushalten von Land und Kommunen.

25 Der Krieg in der Ukraine führt uns unsere Abhängigkeit von fossilen

26 Energieträgern und damit auch die Versäumnisse beim Ausbau der Erneuerbaren
27 Energien und klar vor Augen.

28 Statt die Erneuerbaren ambitioniert voranzutreiben, wurde durch die Regierungen
29 der letzten 16 Jahre systemisch die Solarwirtschaft in Deutschland zerstört und
30 somit die Abhängigkeit zementiert. Die stark gestiegenen Preise für Energie
31 belasten zusehends nicht mehr nur energieintensive Unternehmen, sondern große
32 Teile der Gesamtwirtschaft. Auch für die Bürger*innen bedeuten die stark
33 steigenden Lebenshaltungskosten in unserem Land eine große Herausforderung und
34 sind Grund zur Sorge.

35 Diese Krisen und ihre Auswirkungen überlagern sich. Ihre Auswirkungen sind für
36 uns alle beängstigend. Rechte Kräfte nutzen Unsicherheit und Angst bewusst aus,
37 um die **Akzeptanz unseres demokratischen Staatssystems in Europa anzugreifen.**

38 **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Rheinland-Pfalz handelt mit klarem Kompass**

39 Für uns ist **Angst kein Mittel der Politik.** Wir GRÜNEN stehen für **Optimismus,**
40 **Weitsicht, Verantwortungsbewusstsein und gelebte Solidarität.** Wir sind uns
41 unserer Verantwortung als Regierungspartei, in dieser Krise bewusst. Wir werden
42 **gemeinsam mit den Menschen im Land** die Krisen überwinden und gestalten. Dabei
43 gilt es unsere Demokratie zu verteidigen, den sozialen Zusammenhalt zu stärken
44 und unsere offene Gesellschaft schützen.

45 **Solidarisch gut durch den Winter**

46 Unsere oberste Priorität muss es sein, so schnell es geht unsere Abhängigkeit
47 von fossilen, dreckigen Energieträgern, insbesondere aus Russland, zu beenden.
48 Dies geht nur mit einem noch schnelleren Tempo beim Ausbau der Erneuerbaren
49 Energien. Trotzdem sind die explodierenden Energiepreise jetzt akut ein Problem
50 für viele Menschen und Unternehmen in unserem Land.

51 Mit den aktuell aufgelegten Entlastungspakten des Bundes und der Länder geben
52 wir Millionen von Bürger*innen Sicherheit für den kommenden Winter und darüber
53 hinaus, dass der Staat sie nicht alleine lässt. Die Energiekosten für
54 Verbraucher*innen aber auch für Unternehmen und die Industrie werden mit den
55 Preisbremsen für Strom und Gas sowie einer Soforthilfe im Dezember sofort und
56 spürbar sinken. Darüber hinaus werden Härtefallregelungen für soziale
57 Einrichtungen greifen. Uns ist klar, dass einige dieser Maßnahmen nicht
58 originäre GRÜNE Ziele im Sinne des Klima- und Umweltschutzes bedienen. Wir sind
59 uns als verantwortliche Regierungspartei aber auch darüber bewusst, dass diese
60 Maßnahmen zu dieser Zeit einen wesentlichen Beitrag zu unserem
61 gesellschaftlichen wie auch wirtschaftlichen Zusammenhalt leisten und wir damit
62 auch den von breiten Teilen der Gesellschaft an uns gestellten Erwartungen
63

gerecht werden.

64 Damit die Menschen und wir als Gesellschaft gut und sicher über den Winter
65 kommen ist es wichtig, dass Erdgas- und Stromverbrauch deutlich reduziert
66 werden. **Beratungen zum Energiesparen und zum Ausbau regenerativer Quellen** sind
67 daher so wichtig wie noch nie. In Rheinland-Pfalz haben daher die beiden GRÜNEN
68 Ministerien die Kapazitäten der Energieberatungen und der Verbraucherzentrale
69 verstärkt. Ergänzt wird dieses Angebot durch die Beratung der Energieagentur für
70 die Kommunen. Durch eine deutliche Aufstockung der Schuldner- und
71 Insolvenzberatung, wird Hilfe für die Menschen zur Verfügung gestellt, die durch
72 die aktuelle Situation von besonderer Härte betroffen sind.

73 Auf kommunaler Ebene sind ergänzend mit GRÜNER Beteiligung **Nothilfefonds**
74 entstanden, die bei unverschuldet durch Energierechnung in Not Geratenen einen
75 Teil der finanziellen Lasten abnehmen. Dies ist in Mainz und Speyer bereits der
76 Fall.

77 Dank GRÜNER Politik werden bereits nahezu 50 Prozent des in Rheinland-Pfalz
78 produzierten Stroms aus Erneuerbaren Energien gewonnen. Aber zur Wahrheit gehört
79 auch: Gemessen am Stromverbrauch (Stand 2020: 28,5 TWh) kommen aufgrund der
80 hohen Zahl energieintensiv produzierender Betriebe bspw. der in Rheinland-Pfalz
81 stark vertretenen chemischen Industrie, nur rd. 41,3% (knapp 12 TWh) aus
82 erneuerbarer Erzeugung; damit liegt Rheinland-Pfalz unterm Bundesdurchschnitt
83 (45,2%). Unser Ziel ist es, bis 2030 100% des rheinland-pfälzischen Strombedarfs
84 aus Erneuerbaren zu decken. Dafür bedarf es einer großen Anstrengung der
85 gesamten Landesregierung im Rahmen der jeweiligen Zuständigkeiten. Dies bedarf
86 besonderer Anstrengungen beim Ausbau von Windkraft und Photovoltaik, die wir
87 dafür mindestens verdoppeln bzw. verdreifachen müssen.

88 Dafür werden wir z.B. bis Anfang 2023 die Mindestabstände für Windkraftanlagen
89 so reduzieren, dass alte Anlagen ersetzt (repowered) und der Bau zusätzlicher
90 neuer Anlagen in der Fläche wieder ermöglicht werden. Um die
91 Ausbaugeschwindigkeit noch weiter zu beschleunigen, werden wir Anfang 2023 die
92 **Windkraft-Genehmigungsverfahren** auf Ebene der beiden Struktur- und
93 Genehmigungsdirektionen (SGD) zentralisieren.

94 Mit dem Solargesetz tritt zum 1. Januar 2023 eine Solarpflicht für
95 Gewerbeneubauten und Gewerbeparkplätze ab 50 Stellplätzen in Kraft. Damit wollen
96 wir dem Ausbau der Photovoltaik in Rheinland-Pfalz eine ganz neue Dynamik geben.
97 Zudem wurde die PV-Freiflächenverordnung bereits zum Jahresbeginn 2022 auf 200
98 Megawatt pro Jahr ausgeweitet und wird bereits in diesem Jahr ausgeschöpft. Das
99 sind GRÜNE Erfolge. Dennoch müssen wir den Ausbau der Photovoltaik weiter
100 beschleunigen. Als nächste Schritte streben wir daher den Bau von
101 Photovoltaikanlagen auf allen öffentlichen Gebäuden sowie eine weitere
102 Ausweitung der Freiflächenverordnung an.

103 Nicht zuletzt werden wir beim Ausbau der Erneuerbaren Energien die
104 Eigenstromversorgung, eine intelligente Sektorkopplung sowie eine breite
105 Partizipation der Bevölkerung vor Ort durch Genossenschaften, kommunale
106 Solidarpakte und Bürgerbeteiligung unterstützen und stärken. Hierdurch entsteht
107 Wertschöpfung vor Ort.

108 Dies werden wir nicht zuletzt durch den von uns mit initiierten **Kommunalen**
109 **Klimapakt (KKP)** mitgestalten, mit dem wir ab 2023 gezielt Kommunen in Rheinland-
110 Pfalz dabei unterstützen, vor Ort Energieeffizienz-, Erneuerbare Energie-,
111 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsprojekte zügig umzusetzen.

112 Mit dem Kommunalen Investitionsprogramm Klimaschutz und Innovation (KIPKI) wird
113 das GRÜNE Klimaministerium 180 Millionen für die Kommunen in Rheinland-Pfalz zur
114 Finanzierung von Klimaschutz- und Klimaanpassungsprojekten zur Verfügung
115 stellen.

116 Die von unserem Klima- und Energieministerium verantwortete **Wasserstoffstrategie**
117 ergänzt die Maßnahmen zum Ausbau der Erneuerbaren Energie- und Sektorkopplung.
118 Damit soll Rheinland-Pfalz und seiner Industrie der Anschluss an die nachhaltige
119 Dekarbonisierungsstrategie der EU ermöglicht werden, wofür eine zeitnahe Planung
120 von Leitungstrassen, Elektrolyseurkapazitäten, Tankstellennetzen oder
121 Geschäftsmodellen erforderlich sind. Um auch die Wärmewende in Rheinland-Pfalz
122 zu forcieren, erstellt aktuell die Landesenergieagentur ein landesweites **Wärme-**
123 **und Kältekataster**, in dem potenzielle Wärme-/Kältesenken und -quellen nach
124 Kommunen abgebildet und bewertet werden. Dies ist eine weitere Grundlage für die
125 von unserem Klimaschutzministerium geförderten **kommunalen Nahwärmenetze** und
126 **energetischen Quartierssanierungen**, die jeweils wichtige Bausteine einer
127 nachhaltigen Energiewende darstellen und eine verlässliche Energieversorgung vor
128 Ort ermöglichen.

129 Übergreifend wird sich Rheinland-Pfalz auf GRÜNE Initiative hin als eines der
130 ersten Bundesländer ein **Klimaschutzgesetz mit CO2-Sektorzielen** geben. Dazu hat
131 das von uns geführte Klimaschutzministerium eine Sektorenstudie beauftragt, in
132 dem für die Bereiche Industrie, Energieerzeugung, Wärme, Verkehr, Landwirtschaft
133 und Abfallwirtschaft Emissionsziele für die Klimaneutralität des Landes bis
134 spätestens 2040 beschrieben werden. Dadurch schaffen wir für alle Beteiligten
135 und Verantwortlichen eine einheitliche und transparente Steuerungsbasis für den
136 Klimaschutz in unserem Land.

137 All diese enormen Bemühungen tragen dazu bei, dass wir unseren Zielen ein Stück
138 näherkommen. Aber es wird im aktuellen Tempo nicht reichen. Wir müssen noch viel
139 schneller werden und ambitionierter.

140 Der Ausbau der Erneuerbaren Energien muss weiter beschleunigt werden. Die
141 Klimaschutzministerien in Landes- und Bundesregierung haben hierzu wichtige

142 Maßnahmen ergriffen. Es bedarf jedoch eines ressortübergreifenden Ansatzes bei
143 der Umsetzung des überragenden öffentlichen Interesses des Ausbaus der
144 Erneuerbaren Energien. Erstens muss das Denkmalschutzrecht in Rheinland-Pfalz
145 entsprechend weiterentwickelt und auf allen administrativen Ebenen großzügig zu
146 Gunsten der Erneuerbaren ausgelegt werden. Gleiches gilt für die Landes-,
147 Regional- und Bauleitplanung, in der alle rechtlichen und administrativen
148 Hemmnisse beseitigt werden müssen. Drittens muss bei den anstehenden
149 Gesetzgebungsprozessen im Baurecht – von der Landesbauordnung über die
150 Musterbauordnung bis zum Baugesetzbuch – die Ermöglichung von Photovoltaik- und
151 Windenergieanlagen besonders berücksichtigt werden.

152 Mutiger in den Ausbau gehen, das heißt auch: Energiewende vor Ort gestalten, wir
153 müssen alle Bedingungen dafür schaffen, dass die Energiewende massiv
154 beschleunigt wird. Alle erforderlichen rechtlichen Rahmenbedingungen müssen
155 schnell geschaffen werden. Die Unterstützung der Kommunen zur Erschließung der
156 Flächenpotenziale mit Hilfe z.B. von Flächenkatastern, fachlicher Beratung zur
157 Fortschreibung ihrer Flächennutzungspläne muss jetzt schnellen in die Wege
158 geleitet werden.

159 Die Kommunalen Entscheidungsträger müssen bei der Moderation und Gestaltung
160 dieser Prozesse aktiv unterstützt und gefordert werden.

161 Bei der **Ausgestaltung der Mobilität** streben wir eine klimaschützende Teilhabe
162 der Menschen überall an. Dafür benötigen wir attraktive Angebote für Bus- und
163 Bahn. Dies bedeutet einerseits eine entsprechende Abdeckung mit Bus-/Bahnlinien
164 sowie andererseits eine attraktive Tarifgestaltung. Mit dem angestrebten
165 Nahverkehrsplan werden landesweite Qualitätsstandards definiert, die auch auf
166 die besonderen Bedürfnisse von Kindern, älteren sowie eingeschränkten Menschen
167 Antworten liefern und vernetzte Lösungen zwischen ÖPNV, Rad- und
168 Individualverkehr integriert. Das 49-Euro-Ticket führt die Vorteile des
169 erfolgreichen 9-Euro-Systems fort – Bezahlbarkeit, Einheitlichkeit, einfache
170 Buchung. Es ermöglicht bezahlbare Mobilität und damit Teilhabe für viele
171 Menschen. Jedoch könnten die Mindereinnahmen der Verkehrsunternehmen höher
172 liegen als bundesseitig kalkuliert. Deswegen fordern die Länder eine
173 Nachschusspflicht des Bundes. Hier gilt: Keinesfalls darf es infolge von offenen
174 Finanzierungszusagen des Bundes zu Angebotskürzungen im ÖPNV kommen.

175 **Perspektiven schaffen**

176 Ein wichtiger Beitrag für die Stärkung der Kaufkraft war auf GRÜNE Mitinitiative
177 die **Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns** auf nun 12 Euro pro Stunde. Für rund
178 6 Millionen Menschen bedeutet das ein Plus von mehr als 20 Prozent. Den
179 steuerlichen **Arbeitnehmer-Pauschbetrag** haben wir um 200 Euro auf 1.200 Euro
180 angehoben. Das **steuerfreie Existenzminimum** haben wir deutlich erhöht. Im
181 September 2022 wurde die **Energiepreispauschale** in Höhe von 300 Euro ausgezahlt.

182 Die **Abschaffung der EEG-Umlage** hat den Strompreisanstieg abgeflacht.
183 **Gaspreisbremse und Strompreisbremse** werden bereits ab Dezember 2022 sowie in den
184 kommenden Jahren eine wesentliche Entlastung für Haushalte und Unternehmen
185 bringen. Zum Erhalt von Arbeit in betroffenen Branchen haben wir die **Kurzarbeit**
186 ausgeweitet und schaffen neue **Weiterbildungsmöglichkeiten**.

187 **Familien** sind besonders unter Druck: Im Juli haben Familien daher 100 Euro
188 **Sofortzuschlag** pro Kind erhalten. Familien werden ab 1. Januar 2023 für das
189 erste, zweite und dritte Kind **ein höheres Kindergeld von jeweils 250 Euro**
190 erhalten. Ergänzend können Familien mit niedrigem Einkommen seit 1. Juli 2022
191 monatlich bis zu 229 Euro pro Kind **Kinderzuschlag** und ab 1. Januar 2023 bis zu
192 250 Euro pro Monat erhalten. Für Kinder im SGB II-Bezug werden seit Juli 2022
193 monatlich 20 Euro als **Kindersofortzuschlag** zusätzlich zur bisherigen Leistung
194 ausgezahlt.

195 Unter Hochdruck arbeitet das GRÜNE Bundesfamilienministerium an der Einführung
196 der **Kindergrundsicherung**. Die Kindergrundsicherung wird allen Familien das Leben
197 leichter machen und alle Kinder aus dem Grundsicherungssystemen herausholen.
198 Ziel ist, dass Kinder materiell das erhalten, was sie zum Leben brauchen.

199 Ab dem 1. Januar 2023 wird **das neue Bürgergeld** das ALG II ersetzen. Das
200 Bürgergeld sieht neben einer deutlichen Erhöhung der monatlichen
201 Transferzahlungen um mehr als 10 Prozent, u.a. eine regelmäßige Anpassung an die
202 Inflation, deutlich weniger bürokratische Verfahren sowie den Wegfall des
203 Vermittlungsvorrangs vor. Dass die Union noch umfassendere Verbesserungen wie
204 die Vertrauenszeit blockiert hat, zeigt das bei der CDU und CSU zugrundeliegende
205 Menschenbild, das von Misstrauen und Sanktionsdrang dominiert wird. Die
206 Wohnungs- und Heizkosten (KdU) werden derzeit für Empfänger*innen von SGB II-
207 Leistung, für Asylbewerber*innen und für Empfänger*innen der Grundsicherung im
208 Alter oder bei Erwerbsminderung nach intransparenten Ansätzen berechnet. In
209 Zukunft wird durch das Bürgergeld im ersten Jahr die KdU in voller Höhe
210 übernommen. Wohngeldempfänger*innen, nicht im Elternhaus lebende Schüler*innen
211 und Studierende mit BAföG-Anspruch sowie Auszubildende mit AFBG-Anspruch
212 erhielten zusätzlich zur Förderung bereits einen **Heizkostenzuschuss** in Höhe von
213 230 Euro. Ein zweiter Heizkostenzuschuss für die nach BAföG und AFBG-Geförderten
214 in Höhe von 345 Euro wird nun folgen. Für Wohngeldberechtigte wird er für eine
215 Person 450 Euro, für zwei Personen 540 Euro, für jede weitere Person zusätzlich
216 100 betragen. Im Dezember 2022 bekommen Rentner*innen eine Energiepreispauschale
217 von 300 Euro mit der Auszahlung der Rente. Alle Studierenden und
218 Fachschüler*innen erhalten eine Einmalzahlung in Höhe von 200 Euro.

219 Damit wurden unter GRÜNER Beteiligung wichtige Beiträge zur Abmilderung von
220 existentiellen und ökonomischen Härten geschaffen.

221 **Den sozialen Zusammenhalt stärken**

222 Der **soziale Zusammenhalt und das gute Miteinander sind durch die Krisenfolgen in**
223 **Gefahr.** Die Vielfalt in der Gesellschaft ist kein Leitbild, sondern Realität.
224 Gegenseitige Akzeptanz, Respekt, Wertschätzung, bürgerschaftliches Engagement
225 für die Gemeinschaft aller sind Grundlage für ein gutes Miteinander. Wir **fördern**
226 **das Ehrenamt** besonders und **bekämpfen den Rechtsextremismus** konsequent. Mit
227 Beratungsstellen des Landes stehen wir an der Seite von Opfern rechtsextremer
228 Gewalt und Diskriminierung.

229 Um dem Fachkräftemangel zu begegnen und die Transformation sozial zu gestalten
230 braucht es eine Offensive zur **Qualifizierung im und für den Arbeitsmarkt und**
231 **Zuwanderung in den Arbeitsmarkt.** Wir benötigen hier eine **Stärkung der**
232 **Infrastruktur für Integration.** Auf Bundesebene arbeiten GRÜNE mit an besseren
233 Rahmenbedingungen für eine Fachkräftezuwanderung. Das GRÜNE
234 Integrationsministerium verbessert die Infrastruktur für Zugewanderte.

235 Wir benötigen **mehr sozialen Wohnraum in Rheinland-Pfalz.** Wir streben besonders
236 die Umwandlung bestehenden Wohnraums an. Dafür gibt es im Land bereits viel
237 tolle Praxisbeispiele, z.B. Umwandlung von großen Häusern in Dorfkernen in
238 individuelle Wohneinheiten, aber auch mehr soziale Wohnformen wie
239 Quartierswohnen, generationenübergreifende Wohnprojekte und Wohnungsbau durch
240 genossenschaftliches Bauen. Wir wollen dabei das ökologische Bauen mit CO2-
241 neutralen Baustoffen fördern.

242 Der soziale Zusammenhalt benötigt auch eine **konsequente Armutsbekämpfung.** Auf
243 GRÜNE Initiative baut das Land Rheinland-Pfalz diese massiv aus. Gleiches gilt
244 für die Stärkung der Wohnungs- und Obdachlosenhilfe sowie die Unterstützung der
245 Tafeln. Die Clearingstellen für Menschen ohne Krankenversicherung werden wir
246 landesweit ausbauen.

247 Der Angriff auf die Ukraine hat auch in Rheinland-Pfalz zu einem starken Zuzug
248 von Menschen aus der Kriegsregion geführt. Der Herausforderung durch die
249 kriegerische Aggression gegen die Ukraine begegnen wir durch gelebte
250 Solidarität. Die Fluchtaufnahme ist in einem solidarischen Kraftakt der
251 Hilfsorganisationen, vieler Ehrenamtlicher, der Kommunen, des Landes und des
252 Bundes gut gelungen. Das Land unterstützt die Aufnahme und Betreuung der
253 Geflüchteten im laufenden Jahr 2022 mit 270 Millionen Euro. Bei der allgemeinen
254 Fluchtaufnahme verzeichnen wir gegenwärtig auch in Rheinland-Pfalz steigende
255 Zahlen. Unser Dank gilt allen, die zu einer guten Unterbringung und Versorgung
256 vor Ort beigetragen haben und weiter dazu beitragen.

257 Wir GRÜNE stehen für eine Integrationspolitik, in der der einzelne Mensch zählt.
258 In Rheinland-Pfalz finden Menschen, die zu uns kommen, gute Integrations- und
259 Unterstützungsangebote. Dafür stehen wir mit dem grün geführten
260 Integrationsministerium. Wir stärken die landesgeförderten
261 Migrationsfachdienste, die Geflüchtete im Alltag beraten und unterstützen –

262 beispielsweise bei Fragen zur Unterbringung, zum Aufenthaltsrecht, zur
263 Gesundheitsversorgung oder zur schulischen und beruflichen Entwicklung. Wir
264 bieten zugewanderten Menschen unabhängig von ihrer Herkunft und ihrem
265 Aufenthaltsstatus ein stringent aufgebautes Sprachkurssystem, mit dem sie in
266 einer überschaubaren Zeit gut Deutsch lernen können. Für die Menschen, die vor
267 ihrer Flucht und auf der Flucht traumatisiert wurden, bauen wir die
268 psychosozialen Angebote in der Erstaufnahme und mit regionalen Psychosozialen
269 Zentren weiter aus. Bundesweit vorbildlich sind die Einführung eines
270 Screeningverfahrens zur Identifikation psychischer Belastungen und besonderer
271 Schutzbedürftigkeit in der Erstaufnahme sowie mit die Förderung psychosozialer
272 Zentren in Rheinland-Pfalz

273 **Wir denken an heute, morgen und übermorgen**

274 Wir leben in herausfordernden Zeiten. Der russische Angriffskrieg auf die
275 Ukraine, Klimakrise, und Corona-Pandemie fordern uns sehr. Hinzu kommt in
276 Rheinland-Pfalz der Wiederaufbau nach der Flutkatastrophe 2021.

277 Diese Krisen sind mit Sorgen und Nöten vieler Menschen verbunden. Sie bergen
278 aber auch die Chance mit breiter gesellschaftlicher Zustimmung die
279 Transformation zentraler Prozesse in Gesellschaft und Wirtschaft grundlegend
280 anzugehen. Die Notwendigkeit, krisenresilienter aufgestellt zu sein wird nun
281 mehr denn je spürbar. Durch besonnenes Handeln kann der Umbau gelingen und alle
282 Menschen mitgenommen werden.

283 Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gilt: das Zeitfenster für die dringend notwendige
284 sozial-ökologische Transformation ist enorm klein. Deshalb handeln wir jetzt!
285 Entschlossen, bestimmt und mit klarem GRÜNEN Kompass!

Begründung

erfolgt mündlich